

Antrag

an den Oberbürgermeister der Stadt Kempten (Allgäu)

Antragsdatum: 02.03.2023

Antragssteller:

Katharina Schrader, Ilknur Altan, Wolfgang Hennig, Ingrid Vornberger – SPD-Fraktion

Titel:

Einrichtung eines runden Tisches zur Erstellung von Mitarbeiterwohnungen

Antragstext:

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Kiechle,

Wie in unserem Statement zum Haushalt 2023 angekündigt, beantragen wir die Einrichtung eines „Runden Tisch Wohnen“. Schwerpunkt sollte hier das Thema Mitarbeiterwohnungen sein, aber natürlich auch der Austausch über die allgemeine Situation auf dem Wohnungsmarkt.

An einem „runden Tisch Wohnen“ sollten neben der Stadt und den Wohnungsbaugesellschaften wie Sozialbau, BSG und Wohnungsbaugenossenschaft idealerweise auch die Träger der KITAS, der Pflegeeinrichtungen, des Klinikums und einige Unternehmen teilnehmen, um herauszufinden, ob und wie man gemeinsam in Kempten Mitarbeiterwohnungen schaffen kann. Ein solcher Austausch hätte die Chance diese Herausforderung – angefangen von Grundstücksfragen, der Finanzierung, Förderungen und den dazu erforderlichen Planungen – erfolgreich zu bewältigen.

Begründung:

Auch in Kempten mit seiner angespannten Wohnungslage wird allenthalben der Mangel an geeigneten Fachkräften beklagt und immer wieder bleiben Stellen unbesetzt oder können nur verzögert besetzt werden. Dies trifft auf die Stadtverwaltung zu, aber auch auf die Träger von Kindertagesstätten, Pflegeeinrichtungen, der Kliniken und viele Unternehmen. Das Anwerben von auswärtigen Fachkräften, teils auch aus dem Ausland, ist nur begrenzt erfolgreich, denn dieses Anwerben erfolgt auch in anderen Kommunen und Regionen. Zwar kann sich die Stadt Kempten mit ihrer Lage und all ihren Einrichtungen als Wohn- und Arbeitsort empfehlen, doch die Entscheidung einer Fachkraft in Kempten die angebotene Stelle anzunehmen scheitert immer wieder an dem bedeutendem Faktor der Wohnungsfindung. In Kempten mit seiner leider sehr angespannten Wohnungssituation eine angemessene und bezahlbare Wohnung zu finden, ist gerade für nicht hochbezahlte Fachkräfte äußerst schwierig und ist deshalb als Arbeitsstandort oft nicht annehmbar. Statt über Fachkräftemangel zu klagen, sollten Schritte gegangen werden, um bei einer Lösung des Problems zu helfen. Aus Sicht der SPD-Fraktion könnte mit der Bereitstellung von Mitarbeiterwohnungen (oder Dienst- bzw. Personalwohnungen) bei der Anwerbung von Fachkräften zu größerem Erfolg führen.